

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/203248]

25. MAI 2022 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19)

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, Artikel 10.6.3 § 1 Nummer 4, eingefügt durch das Dekret vom 29. Oktober 2021;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19);

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass anlässlich des Konzertierungsausschusses vom 20. Mai 2022 beschlossen wurde, die Maskenpflicht in verschiedenen Bereichen aufzuheben; dass diese Lockerungen ab dem 23. Mai 2022 in Kraft treten sollen; dass die Beendigung der Maskenpflicht mit einer Ausweitung der Grundrechte verbunden ist und es daher dringend erforderlich ist diese individuellen Freiheiten schnellstmöglich umzusetzen; dass gewisse Personengruppen trotz der Entspannung angesichts der relativ hohen Viruszirkulation und der Entwicklung von Omikron zu neuen Untervarianten weiterhin besonders geschützt werden müssen;

In der Erwägung, dass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses aus vorstehenden Gründen keinen Aufschub mehr duldet;

In der Erwägung, dass der siebentägige Inzidenzwert an Neuinfektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) auf dem gesamten deutschen Sprachgebiet 292 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner beträgt; dass der vierzehntägige Inzidenzwert an Neuinfektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) auf dem gesamten deutschen Sprachgebiet 660 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner beträgt;

In der Erwägung, dass der vierzehntägige Inzidenzwert belgienweit bei 482 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner liegt; dass der Inzidenzwert sowohl im deutschen Sprachgebiet als auch belgienweit seit mehreren Wochen sinkt; dass sich die Infektionszahlen demnach auf einem niedrigen Niveau stabilisieren;

In der Erwägung, dass der Anteil positiver Testergebnisse auf dem deutschen Sprachgebiet seit Ende Januar stark zurückgegangen ist; dass die Positivitätsrate mit 36,65 % jedoch auf einem relativ hohen Niveau liegt, das über dem landesweiten Durchschnittswert von 21,3 % liegt; dass der Anteil positiver Testergebnisse somit zu Vorsicht mahnt;

In der Erwägung, dass in den Krankenhäusern auf dem deutschen Sprachgebiet aktuell 3 Personen stationär aufgenommen sind, wovon 1 Person intensivmedizinisch behandelt wird;

In der Erwägung, dass die aktuelle Entspannung der epidemiologischen Lage und die damit einhergehende Entlastung des Gesundheitswesens es erlauben, gewisse Auflagen aufzuheben;

In der Erwägung, dass sich aus diesen Gründen empfiehlt, Präventionsmaßnahmen nur insoweit zu treffen, wie dies unbedingt erforderlich für den Schutz der Gesundheit und zur Vermeidung einer Überlastung des Gesundheitswesens ist; dass die epidemiologische Situation aktuell die Tendenz einer Beruhigung aufweist und es ermöglicht die Maskenpflicht in bestimmten Sektoren zu lockern, auch wenn verletzte Personen von der Aufhebung dieser Maßnahme betroffen sind;

In der Erwägung, dass die Maskenpflicht in diesem Kontext in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren, in Einrichtungen der Tagesbetreuung und in den psychiatrischen Pflegeheimen, in den Impf- und Testzentren sowie den daran gekoppelten Laboren, in den Blutabnahmezentren, in gewissen Räumlichkeiten, in denen medizinische und paramedizinische Handlungen vorgenommen werden (Zahnärzte, Kinesitherapeuten, etc.), im Rahmen der Inanspruchnahme von Fahrdiensten und von Angeboten der häuslichen Unterstützung und in öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem deutschen Sprachgebiet nicht mehr verhältnismäßig ist;

In der Erwägung, dass die Pandemie noch nicht vollends abgeklungen ist und noch stets ein gewisses Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung darstellt; dass die Beschlüsse des Konzertierungsausschusses ebenfalls zur Folge haben, dass die Maskenpflicht in bestimmten Bereichen bestehen bleibt; dass die Aufrechterhaltung (und Verlängerung) dieser elementaren Schutzmaßnahme für gewisse Personengruppen, die weiterhin besonders geschützt werden müssen, trotz der Entspannung angesichts der relativ hohen Viruszirkulation weiterhin notwendig ist.

In der Erwägung, dass die Bedeckung von Mund und Nase mittels einer Maske eine geeignete Maßnahme darstellt, um gewisse Risikogruppen weitgehend vor einer Ansteckung zu schützen;

In der Erwägung, dass das Tragen einer Maske für gewisse Risikogruppen, wie die Bewohner der psychiatrischen Pflegeheimen, der Wohn- und Pflegezentren für Senioren und der Tagesbetreuung, die Nutzer von Angeboten der häuslichen Unterstützung und von Fahrdiensten oder an bestimmten Orten mit außergewöhnlich hohem Verkehrsaufkommen dringend empfohlen wird; dass sich diese Empfehlung auch auf Bereiche erstreckt, in denen Beschäftigte in engem Kontakt mit anderen Menschen stehen (wie z. B. im Sektor der Dienstleistungschecks); dass ein Mindestmaß an Vorsichtsmaßnahmen weitergeführt werden sollte, um ihre Gesundheit zu schützen und eine Ansteckung vorzubeugen;

In der Erwägung, dass der mit der Maskenpflicht verbundene Eingriff in die Handlungsfreiheit der Betroffenen als grundsätzlich sehr gering zu bewerten ist und angesichts des überragend wichtigen Ziels des Infektionsschutzes als verhältnismäßig zu bewerten und daher hinzunehmen ist;

In der Erwägung, dass das Auferlegen stärker einschränkender Maßnahmen für diese Risikogruppen und ihre Besucher zum aktuellen Zeitpunkt unverhältnismäßig erscheint;

Auf Vorschlag des Ministers für Gesundheit;

Nach Beratung,
Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 3.7 des Erlasses der Regierung vom 21. Januar 2021 zur Festlegung von Maßnahmen zur Vorbeugung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19), eingefügt durch den Erlass vom 29. Oktober 2021 und zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 24. März 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von § 2 wird die Wortfolge "in folgenden Gebäuden und Orten" durch die Wortfolge "bei der Erbringung folgender Dienstleistungen" ersetzt.

2. § 2 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

"4. bei Hausbesuchen und häuslicher Pflege, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann;"

3. § 2 Nummern 5 bis 8 werden aufgehoben;

4. § 3 wird aufgehoben.

Art. 2 - In Artikel 3.8 Absatz 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 29. Oktober 2021 und zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 24. März 2022, wird die Angabe "26. Juni 2022" durch die Angabe "23. August 2022" ersetzt.

Art. 3 - Gemäß Artikel 10.6.3 § 1 Absatz 4 Nummer 3 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention wird der vorliegende Erlass unmittelbar nach seiner Verabschiedung dem Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

Art. 4 - Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 23. Mai 2022 in Kraft.

Art. 5 - Der Minister für Gesundheit wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 25. Mai 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/203248]

25 MAI 2022. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19)

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, l'article 10.6.3, § 1^{er}, 4^o, inséré par le décret du 29 octobre 2021;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19);

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'à l'occasion du comité de concertation du 20 mai 2022, il a été décidé de lever l'obligation du port du masque dans de nombreux domaines; que ces assouplissements doivent entrer en vigueur à partir du 23 mai 2022; que la fin de l'obligation du port du masque est liée à un élargissement des droits fondamentaux et qu'il est dès lors urgent de mettre en place rapidement ces libertés individuelles; que, compte tenu de la circulation relativement élevée du virus et de l'évolution d'omicron vers de nouveaux sous-variants, certains groupes de personnes doivent continuer à être protégés malgré l'amélioration de la situation;

Considérant que, pour toutes ces raisons, l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Considérant que le taux d'incidence des nouvelles infections par le coronavirus (COVID-19) sur sept jours est de 292 nouvelles infections par 100 000 habitants pour l'ensemble de la région de langue allemande; que le taux d'incidence des nouvelles infections par le coronavirus (COVID-19) sur quatorze jours est de 660 nouvelles infections par 100 000 habitants pour l'ensemble de la région de langue allemande;

Considérant que le taux d'incidence sur quatorze jours est de 482 nouvelles infections par 100 000 habitants pour toute la Belgique; que le taux d'incidence baisse depuis plusieurs semaines aussi bien en région de langue allemande que dans l'ensemble de la Belgique; que le nombre d'infections se stabilise dès lors à un faible niveau;

Considérant que la proportion de tests positifs en région de langue allemande a fortement baissé depuis fin janvier; que le taux de positivité se situe cependant à un niveau relativement élevé, à savoir 36,65 %, valeur supérieure à la moyenne de 21,3 % au niveau national; que la proportion de tests positifs appelle par conséquent à la prudence;

Considérant que trois personnes sont actuellement hospitalisées en région de langue allemande, dont une traitée en soins intensifs;

Considérant que l'amélioration actuelle de la situation épidémiologique et le soulagement du secteur de la santé qui en résulte permettent de lever certaines obligations;

Considérant qu'il est dès lors judicieux de ne prendre des mesures de prévention que si c'est nécessaire pour protéger la santé publique et pour éviter une surcharge du secteur de la santé; que la situation épidémiologique montre, à l'heure actuelle, des signes d'amélioration et que cela permet d'assouplir l'obligation du port du masque dans certains secteurs, même si des personnes vulnérables sont concernées par la levée de cette mesure;

Considérant que, dans ce contexte, le port du masque dans les centres de repos et de soins pour personnes âgées, les institutions d'accueil de jour et les maisons de soins psychiatriques, dans les centres de vaccination et de test ainsi que dans les laboratoires qui y sont attachés, dans les centres de prélèvement sanguin, dans certains locaux où des soins médicaux et paramédicaux sont prodigués (dentistes, kinésithérapeutes, etc.), dans le cadre du recours aux services de transport et aux offres de soutien à domicile ainsi que dans les transports en commun, n'est plus proportionné en région de langue allemande;

Considérant que la pandémie n'est pas encore totalement terminée et qu'elle continue de représenter un danger élevé pour la santé de la population; que les décisions du comité de concertation ont également pour conséquence que le port du masque reste obligatoire dans certains domaines; que le maintien (et la prolongation) de ces mesures de protection élémentaires demeure indispensable pour certains groupes de personnes qui doivent, compte tenu de la circulation relativement élevée du virus, continuer à être protégés malgré l'amélioration de la situation;

Considérant que le fait de se couvrir la bouche et le nez avec un masque constitue une mesure appropriée pour protéger dans une large mesure certains groupes à risques d'une infection;

Considérant que le port d'un masque reste vivement recommandé pour certains groupes à risque, tels que les résidents des maisons de soins psychiatriques, des centres de repos et de soins pour personnes âgées et des institutions d'accueil de jour, les utilisateurs d'offres de soutien à domicile et de services de transports, ou dans certains endroits affichant une fréquentation exceptionnellement élevée; que cette recommandation s'étend également à des domaines dans lesquelles les personnes occupées sont en contact étroit avec d'autres personnes (comme dans le secteur des titres-services, par exemple); qu'un minimum de mesures de précaution doivent continuer d'être appliquées, afin de protéger leur santé et de prévenir toute infection;

Considérant que l'obligation du port du masque n'a fondamentalement que très peu d'effets sur la liberté d'action des personnes concernées et qu'il convient de juger cette mesure proportionnée et de l'accepter, en particulier au regard de l'objectif éminemment important de protection contre les infections;

Considérant que l'imposition de mesures plus restrictives pour ces groupes à risques et les personnes qui viennent leur rendre visite semble inappropriée à l'heure actuelle;

Sur la proposition du Ministre de la Santé;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. À l'article 3.7 de l'arrêté du Gouvernement du 21 janvier 2021 fixant des mesures visant à prévenir la propagation du coronavirus (COVID-19), inséré par l'arrêté du Gouvernement du 29 octobre 2021 et modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 24 mars 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 2, les mots « dans les bâtiments ou lieux suivants » sont remplacés par les mots « lors de l'accomplissement des prestations suivantes »;

2° dans le § 2, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° lors des visites et des soins de santé à domicile si la distance d'1,5 m ne peut être respectée; »

3° dans le § 2, les 5° à 8° sont abrogés;

4° le § 3 est abrogé.

Art. 2. Dans l'article 3.8, alinéa 3, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 29 octobre 2021 et modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 24 mars 2022, la date du « 26 juin 2022 » est remplacée par la date du « 23 août 2022 ».

Art. 3. Conformément à l'article 10.6.3, § 1^{er}, alinéa 4, 3°, du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, le présent arrêté est, dès l'adoption de celui-ci, transmis sans délai au Président du Parlement de la Communauté germanophone.

Art. 4. Le présent arrêté produit ses effets le 23 mai 2022.

Art. 5. Le Ministre de la Santé est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 25 mai 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement,

A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/203248]

25 MEI 2022. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19)

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie, artikel 10.6.3, § 1, 4°, ingevoegd bij het decreet van 29 oktober 2021;

Gelet op het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19);

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gemotiveerd door het feit dat naar aanleiding van het overlegcomité van 20 mei 2022 is besloten de verplichting om een mondk masker te dragen op verscheidene gebieden op te heffen; dat deze versoepelingen met ingang van 23 mei 2022 van kracht worden; dat de opheffing van de verplichting om een mondk masker te dragen gepaard gaat met een uitbreiding van de grondrechten en dat het derhalve dringend noodzakelijk is deze individuele vrijheden zo spoedig mogelijk ten uitvoer te leggen; dat bepaalde groepen personen ondanks de verbeterde situatie nog steeds bijzondere bescherming behoeven, gezien de relatief grote viruscirculatie en de evolutie van omikron naar nieuwe subvarianten;

Overwegende dat dit besluit bijgevolg zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Overwegende dat de zevendagenincidentie van nieuwe besmettingen met het coronavirus (COVID-19) in het gehele Duitse taalgebied 292 per 100.000 inwoners bedraagt; dat de veertiendagenincidentie van nieuwe besmettingen met het coronavirus (COVID-19) in het gehele Duitse taalgebied 660 per 100.000 inwoners bedraagt;

Overwegende dat de veertiendagenincidentie in België 482 nieuwe infecties per 100.000 inwoners bedraagt; dat de incidentiewaarde zowel in het Duitse taalgebied als in België sinds enkele weken daalt; dat de besmettingscijfers zich bijgevolg op een laag niveau stabiliseren;

Overwegende dat het percentage positieve testresultaten in het Duitse taalgebied sinds eind januari sterk is gedaald; dat het percentage positieve testresultaten met 36,65 % echter op een betrekkelijk hoog niveau ligt, hoger dan het nationale gemiddelde van 21,3 % ; dat het percentage positieve testresultaten dus tot voorzichtigheid maant;

Overwegende dat momenteel drie personen stationair zijn opgenomen in de ziekenhuizen in het Duitse taalgebied en dat één van hen op de afdeling intensieve zorg wordt behandeld;

Overwegende dat de huidige verbetering van de epidemiologische situatie en de daaruit voortvloeiende vermindering van de belasting van het gezondheidssysteem het mogelijk maken bepaalde maatregelen op te heffen;

Overwegende dat het om deze redenen raadzaam is slechts preventieve maatregelen te nemen in de mate die strikt noodzakelijk is om de gezondheid te beschermen en overbelasting van de gezondheidszorg te voorkomen; dat de epidemiologische situatie thans tekenen van verbetering vertoont, zodat het mogelijk is de verplichting om een mondk masker te dragen in bepaalde sectoren te versoepelen, zelfs indien kwetsbare personen door de opheffing van deze maatregel worden getroffen;

Overwegende dat het in die context niet langer proportioneel is om het dragen van een mondk masker in het Duitse taalgebied te verplichten in woonzorgcentra voor ouderen, in dagverblijven en in psychiatrische verzorgingstehuizen, in vaccinatie- en testcentra en de daaraan verbonden laboratoria, in bloedinzamelingscentra, in bepaalde ruimten waar medische en paramedische handelingen worden verricht (tandartsen, kinesitherapeuten enz.), in het kader van het gebruik van vervoersdiensten en thuiszorgdiensten, alsmede in het openbaar vervoer;

Overwegende dat de pandemie nog niet volledig bedwongen is en nog steeds een zeker risico voor de volksgezondheid inhoudt; dat de beslissingen van het overlegcomité ook inhouden dat de verplichting om een mondk masker te dragen op bepaalde gebieden van kracht blijft; dat de handhaving (en verlenging) van deze elementaire beschermingsmaatregel voor bepaalde groepen personen die nog steeds bijzondere bescherming behoeven, ten gevolge van de relatief grote viruscirculatie nog altijd noodzakelijk is, ook al is de situatie verbeterd;

Overwegende dat het bedekken van mond en neus door middel van een mondk masker een geschikte maatregel is om bepaalde risicogroepen in ruime mate tegen besmetting te beschermen;

Overwegende dat het dragen van een mondk masker sterk wordt aanbevolen voor bepaalde risicogroepen, zoals bewoners van psychiatrische verzorgingstehuizen, bewoners van woonzorgcentra voor ouderen en dagverblijven, gebruikers van thuiszorgdiensten en vervoersdiensten of op bijzonder drukke plaatsen; dat deze aanbeveling ook geldt voor domeinen waar werknemers in nauw contact staan met andere mensen (zoals in de sector van de dienstencheques); dat een minimum aan voorzorgsmaatregelen moet worden gehandhaafd om hun gezondheid te beschermen en besmetting te voorkomen;

Overwegende dat de verplichting om een mondk masker te dragen principieel als een zeer geringe vrijheidsbeperking moet worden beschouwd en, gelet op de doorslaggevende doelstelling van bescherming tegen besmetting, als evenredig moet worden beschouwd en dus aanvaardbaar is;

Overwegende dat het op dit moment buiten proportie lijkt deze risicogroepen en hun bezoekers restrictievere maatregelen op te leggen;

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 3.7 van het besluit van de Regering van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19), ingevoegd bij het besluit van 29 oktober 2021 en laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 24 maart 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van § 2 worden de woorden "in de volgende gebouwen en op de volgende plaatsen" vervangen door de woorden "in de volgende instellingen en bij het verrichten van de volgende diensten";

2° in § 2 wordt de bepaling onder 4° vervangen als volgt :

"4° in het kader van huisbezoeken en thuiszorg, als geen anderhalve meter afstand kan worden gehouden;"

3° in § 2 worden de bepalingen onder 5° tot 8° opgeheven;

4° § 3 wordt opgeheven.

Art. 2. In artikel 3.8, derde lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 29 oktober 2021 en laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 24 maart 2022, worden de woorden "26 juni 2022" vervangen door de woorden "23 augustus 2022".

Art. 3. Overeenkomstig artikel 10.6.3, § 1, vierde lid, 3°, van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheids promotie en inzake medische preventie wordt dit besluit, onmiddellijk na de aanneming ervan, overgezonden aan de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 4. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 23 mei 2022.

Art. 5. De minister bevoegd voor Gezondheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 25 mei 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,
A. ANTONIADIS

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2022/203217]

28 AVRIL 2022. — Arrêté du Gouvernement wallon approuvant le projet de modifications du plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique n°2021/01 - (sous-bassins hydrographiques concernés : Amblève, Dyle-Gette, Lesse, Meuse amont, Meuse aval, Ourthe, Sambre, Semois-Chiers et Vesdre)

Le Gouvernement wallon,

Vu la Directive 2000/60/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2000 établissant un cadre pour une politique communautaire dans le domaine de l'eau;

Vu la directive du Conseil 91/271/CEE du 21 mai 1991 relative au traitement des eaux urbaines résiduaires;

Vu le livre Ier du Code de l'Environnement, les articles D.52 à D.61 et D.79;

Vu le livre II du Code de l'Environnement constituant le Code de l'Eau, les articles D.216 à D.218 et les articles R.284 à R.290;

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de l'Amblève approuvé par le Gouvernement wallon en date du 22 décembre 2005 (*Moniteur belge* du 10 janvier 2006), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 24 janvier 2013 (*Moniteur belge* du 12 février 2013), du 20 septembre 2018 (*Moniteur belge* du 23 octobre 2018), du 22 août 2020 (*Moniteur belge* du 21 septembre 2020) et du 28 octobre 2021 (*Moniteur belge* du 22 novembre 2021);

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de la Dyle-Gette approuvé par le Gouvernement wallon en date du 10 novembre 2005 (*Moniteur belge* du 2 décembre 2005), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 7 juillet 2011 (*Moniteur belge* du 29 juillet 2011), du 20 septembre 2018 (*Moniteur belge* du 23 octobre 2018), du 6 février 2020 (*Moniteur belge* du 25 février 2020) et du 28 octobre 2021 (*Moniteur belge* du 22 novembre 2021);

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de la Lesse approuvé par le Gouvernement wallon en date du 10 novembre 2005 (*Moniteur belge* du 2 décembre 2005), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 23 novembre 2017 (*Moniteur belge* du 11 décembre 2017), du 22 août 2019 (*Moniteur belge* du 28 octobre 2019), du 6 février 2020 (*Moniteur belge* du 25 février 2020) et du 24 juin 2021 (*Moniteur belge* du 13 juillet 2021);

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de la Meuse amont approuvé par le Gouvernement wallon en date du 29 juin 2006 (*Moniteur belge* du 15 septembre 2006), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 21 décembre 2017 (*Moniteur belge* du 15 janvier 2018), du 20 septembre 2018 (*Moniteur belge* du 23 octobre 2018), du 22 août 2019 (*Moniteur belge* du 28 octobre 2019), du 6 février 2020 (*Moniteur belge* du 25 février 2020), du 27 août 2020 (*Moniteur belge* du 21 septembre 2020) et du 24 juin 2021 (*Moniteur belge* du 13 juillet 2021);

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de la Meuse aval, approuvé par le Gouvernement wallon en date 4 mai 2006 (*Moniteur belge* du 17 mai 2006), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 19 septembre 2013 (*Moniteur belge* du 30 septembre 2013), du 20 septembre 2018 (*Moniteur belge* du 23 octobre 2018) et du 22 août 2019 (*Moniteur belge* du 28 octobre 2019), du 27 août 2020 (*Moniteur belge* du 21 septembre 2020), du 24 juin 2021 (*Moniteur belge* du 13 juillet 2021) et du 28 octobre 2021 (*Moniteur belge* du 22 novembre 2021);

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de l'Ourthe approuvé par le Gouvernement wallon en date 10 novembre 2005 (*Moniteur belge* du 2 décembre 2005), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 19 avril 2012 (*Moniteur belge* du 3 mai 2012), du 20 septembre 2018 (*Moniteur belge* du 23 octobre 2018), du 4 avril 2019 (*Moniteur belge* du 4 juin 2019) et du 28 octobre 2021 (*Moniteur belge* du 22 novembre 2021);

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de la Sambre, approuvé par le Gouvernement wallon en date 10 novembre 2005 (*Moniteur belge* du 2 décembre 2005), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 24 janvier 2013 (*Moniteur belge* du 12 février 2013), du 20 septembre 2018 (*Moniteur belge* du 23 octobre 2018) et du 24 juin 2021 (*Moniteur belge* du 13 juillet 2021);

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de la Semois-Chiers, approuvé par le Gouvernement wallon en date 22 décembre 2005 (*Moniteur belge* du 10 janvier 2006), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 6 octobre 2016 (*Moniteur belge* du 8 décembre 2016), du 20 septembre 2018 (*Moniteur belge* du 23 octobre 2018), du 4 avril 2019 (*Moniteur belge* du 4 juin 2019) et du 24 juin 2021 (*Moniteur belge* du 13 juillet 2021);

Vu le plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique de la Vesdre approuvé par le Gouvernement wallon en date 10 novembre 2005 (*Moniteur belge* du 2 décembre 2005), et modifié par le Gouvernement wallon en date du 19 avril 2012 (*Moniteur belge* du 3 mai 2012), du 20 septembre 2018 (*Moniteur belge* du 23 octobre 2018), du 6 décembre 2018 (*Moniteur belge* du 4 janvier 2019), du 6 février 2020 (*Moniteur belge* du 25 février 2020), du 27 août 2020 (*Moniteur belge* du 21 septembre 2020), du 24 juin 2021 (*Moniteur belge* du 13 juillet 2021) et du 28 octobre 2021 (*Moniteur belge* du 22 novembre 2021);

Modifications du plan d'assainissement par sous-bassin hydrographique

Vu que le projet de modifications de PASH 2021/01 compte 43 demandes de modifications portant particulièrement sur :

- le passage du régime d'assainissement autonome au régime d'assainissement collectif pour une majeure partie de la zone de loisirs de Grand-Coo et de l'assainissement transitoire au régime d'assainissement autonome pour le reste de la zone, sur le territoire communal de Stavelot (modification n° 01.26);